

Die venezolanische "Megawahl" vom Juli 2000 und ihre Folgen: Legitimation der Bolivarianischen Republik"

Welsch, Friedrich J.; Werz, Nikolaus

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Welsch, F. J., & Werz, N. (2000). *Die venezolanische "Megawahl" vom Juli 2000 und ihre Folgen: Legitimation der Bolivarianischen Republik*. (Brennpunkt Lateinamerika, 20). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-443868>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 20

31. Oktober 2000

ISSN 1437-6148

Die venezolanische „Megawahl“ vom Juli 2000 und ihre Folgen: Legitimation der Bolivarianischen Republik

Friedrich Welsch und Nikolaus Werz

Die Wahl von Hugo Chávez Frías zum Präsidenten Venezuelas Ende 1998 markierte ohne Zweifel einen Einschnitt in der neueren Geschichte Venezuelas: Zum einen beendete er vorerst die seit dem sogenannten Aufstand der Armen am 27. Februar 1989 und dann bei den beiden Staatsstreichversuchen 1992 offensichtlich gewordene Krise der venezolanischen Präsidialdemokratie. Zum anderen begann er in einem von ihm als „demokratische Revolution“ bezeichneten Prozess, den nach 1958, d.h. dem Übergang von einer personalistischen Militärdiktatur zur Parteiendemokratie, entstandenen institutionellen Rahmen grundlegend zu verändern. Mit den „Megawahlen“ ist dieser Vorgang, der gerade bei der armen Bevölkerung enorme Erwartungen geweckt hat, im politischen Bereich weitgehend abgeschlossen.

Der Weg von der IV. zur V. Republik

Venezuela galt in den vergangenen Jahrzehnten als ein demokratisches Modell in Lateinamerika. Drei Momente seien hier erwähnt: In den 60er Jahren, als nach der Kubanischen Revolution von 1959 ein Revolutionsexport nach Südamerika versucht wurde, erschien der Parteigründer der *Acción Democrática* (AD, Gründungsjahr 1941) und demokratisch gewählte Präsident Rómulo Betancourt als Antipode Fidel Castros und als demokratischer Reformer im Kontext der von den USA unterstützten „Allianz für den Fortschritt“. Während der 70er Jahre wurde das damals mit Petro-Dollars üppig ausgestattete Venezuela zu einem wichtigen Exil- und Aufnahme-land für Demokraten aus den südamerikanischen

Diktaturen. Und während des in den 1980er Jahren einsetzenden Prozesses der Re-Demokratisierung wurde die enge Kooperation zwischen den beiden großen Parteien Venezuelas, der sozialdemokratisch ausgerichteten AD und der christlich-sozial orientierten COPEI, als Vorbild für andere politisch weniger stabile Länder genannt. Von daher ist der Niedergang der Parteienherrschaft in dem südamerikanischen Staat, der zu den wichtigsten Erdöllieferanten der USA gehört, über Venezuela hinaus von Bedeutung, ebenso wie der nachfolgende Aufstieg eines populistischen Politikers, der darüber hinaus ein gesamtlateinamerikanisches Anliegen vorträgt.

Chávez' herausragende politische Leistung ist der Umbau zentraler Institutionen des venezolanischen politischen Systems. Dazu gehören die

Umgestaltung der gesetzgebenden Körperschaften auf der nationalen, regionalen und lokalen Ebene, die Kompetenzverlagerung von der Legislative zur Exekutive, die Veränderung des Aufbaus der richterlichen Gewalt, die Einführung einer neuen Form von Föderalismus, die Schaffung sogenannter neuer Gewalten sowie die Machtverschiebung zwischen den politischen Akteuren. Bemerkenswert sind auch die Schnelligkeit und der gesellschaftliche Rückhalt, mit denen dieser Prozess vorangetrieben wurde.

Die nicht wie z.B. der MAS (*Movimiento al Socialismo*), der MEP (*Movimiento Electoral del Pueblo*) oder der PCV (*Partido Comunista de Venezuela*) mit Chávez verbündeten traditionellen Parteien AD und Copei bzw. deren Ableger *Convergencia* und *Proyecto Venezuela* hatten im November 1998 noch die Kongress- und Regionalwahlen mit nahezu zwei Dritteln der zu vergebenen Ämter für sich entscheiden können. Bei den Präsidentschaftswahlen einen Monat später kamen sie vereint nur noch auf etwa 40 Prozent der Stimmen. Inzwischen hat sich das Verhältnis umgekehrt: die Chávez-Allianz verfügt heute oberhalb der lokalen Ebene über etwa zwei Drittel aller Machtpositionen.

In vergleichsweise kurzer Zeit ist in Venezuela ein als relativ konsolidiert geltendes (Zwei-)Parteiensystem implodiert. Hugo Chávez gelang es, ein neues Bündnis um sich zu scharen. Die venezolanische Parteiengeschichte kennt bisher keine politische Bewegung oder Gruppierung mit einer vergleichbaren Personenfixierung. Erster Grund dafür ist die absolute Dominanz des *Movimiento Quinta República* (MVR, „Bewegung V. Republik“) innerhalb dieser Allianz: 80 Prozent der Chávez-Stimmen stammen von MVR-Wählern, verglichen mit nur 15 Prozent von denen des MAS und kärglichen 5 Prozent der übrigen sieben „Parteien“ des Bündnisses. Die Bewegung V. Republik stellt also vier Fünftel der Machtbasis der Allianz, und sie hätte die Wahl sicher auch allein gewonnen; schon deshalb ist der Entscheidungsspielraum der übrigen Partner äußerst gering. Die MVR-Führung ist sich dessen bewusst und agiert entsprechend, indem sie nur marginale Personal- oder inhaltliche Fragen im Bündnis zur Diskussion stellt. Alle wichtigen Fragen werden Chávez persönlich vorgelegt und von diesem direkt entschieden, so z.B. die Kandidaten für die Nationalversammlung und Landesregierungen, die Besetzung der Führungspositionen in der Nationalversammlung und die Wahltermine. Chávez ist die Klammer der Allianz, neben ihm gibt es keine Führungsperson-

lichkeit mit eigenen Machtpositionen sondern nur Jünger, wie es auch der Argentinier Norberto Ceresole, der zu seinen Vordenkern gezählt wird, formuliert hat. Ceresole, dessen tatsächlicher Einfluss auf Chávez schwer einzuschätzen ist, propagiert eine Art Neuauflage des traditionellen Caudillismus für Lateinamerika und sieht den venezolanischen Präsidenten in diesem Zusammenhang. Seine Dominanz kommt auch darin zum Ausdruck, dass die Bezeichnung „chavista“ im Gegensatz zu vergleichbaren volkstümlich-personalistischen Bezeichnungen der Vergangenheit – wie z.B. *perecista*, *calderista*, *teodorista* für entsprechende Anhängerschaften – nicht eine innerparteiliche Fraktion kennzeichnet, sondern einen „überparteilichen“ Chávez-Anhänger.

Chávez wählte den Namen *Movimiento Quinta República*, um anzudeuten, dass er eine neue, nämlich die fünfte konstitutionelle Periode in der venezolanischen Geschichte einleiten würde. Mit der Verabschiedung der neuen Verfassung und der Auflösung des Kongresses im Dezember 1999 endete seiner Zählweise entsprechend die IV. und begann formal die V. Republik. Historiker wie z.B. Caballero (2000) bezeichnen diese Zählweise aus historiographischer Sicht als Unsinn, doch dürfte Chávez weniger eine korrekte Geschichtsinterpretation interessieren, als die direkte Assoziation des Kürzels MVR mit der inzwischen legendären Bolivarianischen Bewegung 200 (MBR-200/*Movimiento Bolivariano 200*), 1983 von ihm im Gedenken an den 200. Geburtstag Simón Bolívars mitbegründete Militärlöge, die die gescheiterten Putschversuche von 1992 vorbereitete (im Spanischen klingen V – die römische 5 – und B – für Bolívar – gleich).

Den organisatorischen und institutionellen Umbau des politischen Systems in den vergangenen anderthalb Jahren kann man wie folgt zusammenfassen:

➤ **Vom Zweikammer- zum Einkammerparlament:**

Der aus je zwei Vertretern der Bundesstaaten sowie den ehemaligen Staatspräsidenten zusammengesetzte Senat wurde abgeschafft und durch ein von 200 auf 165 Sitze verkleinertes Einkammerparlament ersetzt. Damit geht den Bundesstaaten eine Repräsentationsebene verloren, für die sie durch den *Consejo Federal de Gobierno* (Föderationsrat) mit ca. 70 Mitgliedern entschädigt werden sollen. Dieser hat eher exekutiven

Charakter; er wird vom Vizepräsidenten angeführt und setzt sich aus den Regierungsmitgliedern, Gouverneuren, einem Bürgermeister je Bundesstaat und Vertretern der Zivilgesellschaft zusammen. Er soll sich um die Planung und Koordination der Dezentralisierung und Kompetenzübertragung von der nationalen auf die bundesstaatliche und kommunale Ebene kümmern. Die genaue Regelung dieser Aufgaben muss vom Gesetzgeber erst noch ausgestaltet werden, wie auch zahlreiche andere Veränderungen und Neuerungen.

➤ **Stärkung der Exekutive, Schwächung der Legislative:**

Früher dem Parlament vorbehaltene Funktionen, wie z.B. die Rechnungsprüfung und Beförderungen innerhalb der Streitkräfte, die Parlamentsauflösung und die Steuerung der Dezentralisierung, gehen auf die Exekutive bzw. den Staatspräsidenten über.

➤ **Stärkung der gesellschaftlichen Mitwirkungsrechte:**

Die früher ans Parlament delegierten Funktionen der Kandidatenauswahl und Benennung der Obersten Richter, der Mitglieder des Wahlrates, des Präsidenten des Rechnungshofes und des Generalstaatsanwalts werden getrennt. Die Auswahl erfolgt durch Kommissionen, an denen die Zivilgesellschaft zu beteiligen ist, während die Benennung weiterhin beim Parlament liegt. Mit dieser Verfassungsregelung scheint es die Regierungsmehrheit in der neugewählten Nationalversammlung allerdings nicht so ernst zu nehmen, denn sie peitschte kürzlich ein „Vorschlagsgesetz“ durch (*Ley de Postulaciones*), demzufolge das Vorschlagsrecht von einer 15köpfigen Kommission der Nationalversammlung ausgeübt wird, also der Regierungsmehrheit. Die nicht näher definierte „Zivilgesellschaft“ soll durch „Dialogrunden“ einbezogen werden. Es ändert sich mithin nichts an der Praxis, dass die Legislative die übrigen Gewalten – Rechtsprechende, Wähler- und Bürgergewalt – durch ihr Recht der Wahl und Abwahl beherrscht. Allerdings wird das früher dem Parlament vorbehaltene Recht der Amtsenthebung des Staatspräsidenten (*impeachment*) nunmehr per Volksabstimmung direkt der Gesellschaft übergeben (neben dem Obersten Gericht, siehe Art. 233 der Verfassung). Volksabstimmungen werden außerdem institutionalisiert für Fragen nationalen Interesses, die Amtsenthe-

bung aller gewählten Amtsträger, Gesetzesinitiativen bzw. die Abschaffung von Gesetzen; dabei können solche Volksabstimmungen neben anderen Initiatoren (z.B. dem Staatspräsidenten) auch durch Volksbegehren herbeigeführt werden, allerdings mit unterschiedlich hohen Schwellen.

➤ **Einführung einer Vierten und Fünften Gewalt:**

Die Bolivarianische Verfassung schafft die „Bürgergewalt“ (*Poder Ciudadano*) und die „Wählergewalt“ (*Poder Electoral*). Erstere wird von einem neuartigen „Republikanischen Moralrat“ (*Consejo Moral Republicano*), letztere vom bereits existierenden „Nationalen Wahlrat“ (*Consejo Nacional Electoral*) ausgeübt. Der „Republikanische Moralrat“ setzt sich aus dem neugeschaffenen Ombudsmann, dem Generalstaatsanwalt und dem Chef des Rechnungshofes zusammen. Seine Hauptfunktionen sind die Vorbeugung, Untersuchung und Bestrafung von Tatbeständen, die gegen „die öffentliche Ethik und die Moral der Verwaltung“ verstoßen (Art. 274). Darüber hinaus soll er für eine verantwortliche und transparente Verwaltung sorgen und „Bildungsmaßnahmen fördern, welche die Kenntnis und Beschäftigung mit der Verfassung, die Vaterlandsliebe, die bürgerlichen und demokratischen Tugenden, die Grundwerte der Republik sowie die Achtung und Einhaltung der Menschenrechte zum Ziel haben“ (Art. 278).

Der aus fünf Mitgliedern bestehende Nationale Wahlrat ist zuständig für die Verordnungen im Rahmen des Wahlrechts, die Vorbereitung und Durchführung von Wahlen und Volksabstimmungen, die Führung des Wählerverzeichnisses sowie die Kontrolle der Parteien- und Wahlkampffinanzierung.

➤ **Stärkung der Position des Staatspräsidenten:**

Das Mandat des Staatspräsidenten wurde auf sechs Jahre verlängert und die sofortige Wiederwahl für eine weitere Amtsperiode eingeführt. Außerdem übernimmt er vom Parlament die alleinige Zuständigkeit für die Beförderung der Militärs – eine zusätzliche Möglichkeit der Sicherung seiner Machtbasis – und kann nur durch Volksabstimmung abberufen werden. Die Zuständigkeit für die Benennung des – nicht vom Volk gewählten und nur dem Staatspräsidenten verantwortlichen – Vizepräsidenten sowie der Minister sichert ihm außerdem die Kontrolle über

das Dezentalisierungsorgan „Föderationsrat“. Schließlich kann der Staatspräsident die Nationalversammlung auflösen, wenn sie dreimal innerhalb einer Wahlperiode den Vizepräsidenten durch Vertrauensentzug aus dem Amt entfernt (Art. 240).

➤ **Stärkung der Rechte der indigenen Völker:**

Der Staat erkennt diese Völker und Gemeinschaften förmlich an und sichert ihnen gesellschaftliche, politische, wirtschaftliche und kulturelle Autonomie in den traditionell von ihnen bewohnten Gebieten zu.

Zusammenfassend kann man feststellen, dass die schon in der Verfassung von 1961 nur schwach ausgebildete Gewichts- und Gegengewichtsverteilung zwischen den Gewalten noch weiter zugunsten der Exekutive bzw. des Staatspräsidenten verschoben wurde, und dass die Mitwirkungsrechte der nicht näher umrissenen Zivilgesellschaft, wie die bisherige Praxis zeigt, eher deklamatorischen Charakter besitzen.

Der programmatische Charakter dieses Umbaus wird durch die Änderung der Staatsbezeichnung untermauert, die nun „Bolivarianische Republik Venezuela“ lautet. In Artikel 1 der Verfassung heißt es: „Die Bolivarianische Republik Venezuela ist unwiderruflich frei und unabhängig und gründet ihr moralisches Erbe sowie ihre Werte Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Frieden unter den Völkern auf die Lehren Simón Bolívars, des Befreiers“.

Die traditionellen politischen Akteure konnten oder wollten diesen Umbau weder aufhalten noch beeinflussen. Nach ihrer Niederlage im Präsidentschaftswahlkampf Ende 1998 gelang es den Parteien nicht, sich neu zu formieren bzw. programmatisch zu reorientieren. Nahezu kampfflos traten sie von der politischen Bühne ab. Im Vorfeld des Referendums zur Verfassungsgebenden Versammlung vom 25. April 1999 waren sie nicht präsent, sie versteiften sich auf die immer weniger aussichtsreiche Verteidigung des Organisationsgefüges der noch geltenden Verfassung, stellten keine eigenen Kandidaten für die Wahl dieser Versammlung am 25. Juli 1999 auf und übten sich lediglich in sehr verhaltener Opposition gegen die Annahme dieser Verfassung in der Volksabstimmung vom 15. Dezember 1999. Sie verzichteten auf Mitgestaltung der neuen Ordnung, waren aber nicht stark oder überzeugend genug, sie zu verhindern. Damit ließen sie den (realpolitischen) Grundsatz „If you can't beat 'em join 'em“ unbeachtet. Das gilt vornehmlich für die

politischen Parteien, aber auch für die Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände.

Wirtschaftliche Entwicklung

Wirtschaftlich war der Umbau der Republik bislang ein Misserfolg. Angesichts des absoluten Vorrangs der politischen Veränderungen als Voraussetzung für die Durchführung der mittel- und langfristigen programmatischen Vorgaben bot die Wirtschaftspolitik der Chávez-Regierung ein zusammenhangloses, desorientierendes Bild. Investitionen unterblieben, die Arbeitslosigkeit stieg stark an, der Preisauftrieb konnte nur durch die aus den Erdöleinnahmen gespeiste Überbewertung der Währung und die dadurch verbilligten Importe gebremst werden, zum Schaden der Binnenproduktion und des Exports. Selbst das anerkennenswerte Bemühen um Haushaltseinsparungen wurde durch die unerwartet und verlockend hohen Öleinnahmen und die aus ihnen gespeisten, ursprünglich nicht vorgesehenen Wohltaten wie dekretierten Lohnerhöhungen und Subventionen immer fragwürdiger. Nach Angaben des statistischen Amtes OCEI stieg die Zahl der im öffentlichen Sektor Venezuelas Beschäftigten zwischen April und Juni 2000 um 103.895 (8,2%) von 1.272.083 auf 1.375.978¹. Die öffentlichen Ausgaben stiegen im ersten Halbjahr real um 42,5%. Für das laufende Jahr werden Erlöse aus den Erdölexporten in Höhe von ca. US\$ 25 Mrd. erwartet. Sollte die Prognose eintreffen, so wären es die höchsten in der Geschichte Venezuelas und real die höchsten seit 1981. Im Oktober kündigte Chávez ein öffentliches Investitions- und Ausgabenprogramm für die nächsten 100 Tage in Höhe von ca. US\$ 2,170 Mrd. an. Von den Ausgaben sollen vor allem der Gesundheitsdienst, die Krankenhäuser und das Baugewerbe profitieren. Der Entwurf des Haushaltes für 2001 sieht einen Zuwachs von 28,6% gegenüber dem laufenden Staatshaushalt vor. Die Zuwendungen kommen vor allem der Zentralregierung zu gute, während die administrative Dezentralisierung deutlich zurückgefahren wurde: Die Provinzregierungen sollen nur noch 4,9% des Mehrwertsteueraufkommens erhalten, bislang waren es 15 bis 20%.

Erstmals konnte ein konjunktureller Erdölboom trotz solcher Wohltaten die strukturellen Schwächen auch nicht einmal vorübergehend überdecken, die Stagnation wurde also nicht nur nicht durchbrochen, sondern sogar in eine beginnende Stagflation übergeleitet. Die Wirtschaft stagniert bei einer immer noch recht hohen Infla-

tion um 15 bis 20%. Die offene Arbeitslosigkeit lag im Mai bei 13,8% (April 14,6%). Gleichzeitig erhöhte sich der Anteil der im informellen Sektor Beschäftigten von 51% auf 53%. Nach Angaben des Gewerkschaftsverbandes CTV lag die offene Arbeitslosigkeit sogar bei 20%. Diese objektiven Daten wurden zwar von den Venezolanern in Form höherer Arbeitslosigkeit und Verminderung des Realeinkommens erfahren, jedoch nicht gegen Präsident Chávez, seine Regierung, seine Bewegung und sein Programm gekehrt. Chávez war mit seinem Sturm auf die Bastionen des inzwischen bei der Mehrheit der Bevölkerung regelrecht verhassten Systems so überzeugend und erfolgreich, dass ihm bisher beinahe unbeschränkt Zeit zugestanden wurde für die Inangriffnahme selbst der dringendsten wirtschafts- und sozialpolitischen Probleme des Landes.

Für die wohlhabenden Schichten, die nicht zu seinen Anhängern gehören, ist Chávez indessen ein rotes Tuch. Die Bankeinlagen von Venezolanern in Miami und New York sind erheblich gestiegen, die Kapitalflucht wird für dieses Jahr auf US\$ 10 Mrd. geschätzt. 1991 waren 5.000 Venezolaner in Miami registriert, mittlerweile sind es 150.000. Nach einer Umfrage von Datenälisis wurden vor allem von den jüngeren Venezolanern knapp die Hälfte auswandern, wenn sich eine Gelegenheit böte (zitiert in Maxwell 2000: 1).

Außenpolitische Ausrichtung

In dem guten Jahr seiner Präsidentschaft vor den „Megawahlen“, die ursprünglich für den 28. Mai 2000 vorgesehen waren, veränderte Chávez die Position Venezuelas im internationalen Konzert. Zunächst übernahm er mit seinem Einsatz für die Einhaltung der verabredeten Förderquoten eine Führungsrolle in der OPEC. Anfang Oktober fand in Caracas ein Treffen von Erdölstaaten statt – von Chávez als „Wiederauferstehung der OPEC“ bezeichnet. Venezuela hatte in der Vergangenheit besonders stark gegen die Festlegung der Förderquoten verstoßen und die OPEC wenig beachtet. Durch ein Produktionsabkommen mit dem Nicht-Mitglied Mexiko konnte die venezolanische Position konsolidiert werden. Das trug in starkem Maße zur Explosion der Erdölpreise bei, die dem Land und seiner Wirtschaft nunmehr nicht nur das Überleben, sondern möglicherweise auch künftige Entwicklungschancen sichern.

Weitere Neupositionierungen erfolgten im karibischen Raum. Die Beziehungen zu Kuba erhielten einen hohen Stellenwert und verdeutlich-

ten damit ein gutes Maß an Autonomie gegenüber dem übermächtigen Nachbarn im Norden, ohne diesen jedoch gänzlich zu verprellen. Der Nachbar Kolumbien wurde zum Patienten erklärt, an dessen Therapie man sich aktiv beteiligen will, und das setzt einen gewissen Grad an Einmischung voraus. Diese Position kristallisierte sich in dem konkreten Vermittlungsangebot gegenüber Regierung und Rebellen des Nachbarlandes.

Die Beziehungen zu Brasilien wurden in demselben Maß verstärkt, in dem der Andenpakt vernachlässigt wurde, ein Hinweis auf das unilaterale Interesse Venezuelas am MERCOSUR. Am 1. August erklärte Chávez vor Auslandsjournalisten: „Venezuela wird Mitglied des MERCOSUR sein.“

Den USA tritt Chávez mit gestärktem Selbstbewusstsein gegenüber, jedoch ohne tiefergreifende Konflikte auslösen zu wollen. So gab er verschiedenen amerikanischen Ersuchen um Überflugrechte für Militärmaschinen im Rahmen der Verfolgung von Drogentransporten nach Kolumbien nicht nach und profilierte sich als Castro-Freund. Fidel Castro kam Ende Oktober erstmals seit den frühen 60er Jahren zu einem offiziellen Staatsbesuch nach Venezuela. Durch Änderungen im Abstimmungsverhalten Venezuelas in der UNO kam es zu Verstimmungen mit den USA. Er versicherte den USA aber gleichzeitig die Rolle eines verlässlichen Partners in der Energiepolitik.

Wahlkampf, -organisation und -inhalte

Die sogenannten „Megawahlen“ – Staatspräsident, Nationalversammlung, Andenparlament (PARLANDINO), Lateinamerikanisches Parlament (PARLATINO), Gouverneure der Bundesstaaten, Gesetzgebende Ausschüsse der Bundesstaaten, Bürgermeister der 335 Gemeinden – waren ursprünglich für März 2000 angesetzt worden. Nach den verheerenden Überschwemmungen vom Dezember 1999 wurden sie auf den 28. Mai verschoben. Die technische Vorbereitung der Wahl verdient nur das Prädikat ungenügend. Der von Chávez handverlesene, ihm hörige Wahlrat war so inkompetent, dass er trotz wahrscheinlich vorhandenen guten Willens keine seiner wichtigsten Funktionen auch nur annähernd zu erfüllen vermochte. Die Aktualisierung des Wählerverzeichnisses misslang, die Wahlvorschläge wurden nicht überprüft, die Termine für die Abgabe dieser Wahlvorschläge nicht eingehalten und damit der Druck der Wahlunterk-

gen und die Programmierung der Stimmzählmaschinen verzögert. Die Ausschreibung der Wahlautomatisierung blieb nebulös und die Auswahl des Unternehmens intransparent. Es war das Verdienst der Organisation *Queremos elegir*, auf solche Unregelmäßigkeiten hingewiesen zu haben. Schließlich wurde die Wahl drei Tage vor dem Wahltermin vom Obersten Gericht ausgesetzt und auf den 30. Juli verschoben, weil eine verantwortliche Durchführung zum vorgesehenen Zeitpunkt nicht gesichert war. Die Wahlbehörde hatte noch einen Tag zuvor erklärt, sie habe die Probleme im Griff. Trotz der unabwiesbaren direkten Verantwortung des Staatspräsidenten für das Desaster – er hatte mehrfach interveniert, um den ursprünglichen Termin doch noch halten zu können und die Verantwortlichen handverlesen – fiel kein Schatten auf ihn; die Verschiebung nützte ihm sogar noch, denn den Kandidaten der Opposition waren Geld und damit Organisationskraft ausgegangen, während Chávez auf sämtliche Ressourcen der Regierung zurückgreifen konnte¹ (z.B. durch eine Lohnerhöhung für den öffentlichen Dienst, die gerade noch rechtzeitig vor dem Wahltag ausgezahlt wurde) und das auch mit ständigen regierungsamtlich angeordneten Übertragungen in Fernsehen und Rundfunk tat. Die Beobachter des Carter-Zentrums stellten in diesem Zusammenhang fest: „5. Es wurde Ungleichheit im Zugang zu den Medien festgestellt, sogar unzulässiger Druck auf bestimmte Medien und Journalisten. Ein wichtiger Aspekt des Wahlkampfes ist die Chancengleichheit bei der Verbreitung ihrer Meinungen und Vorschläge durch Radio, Fernsehen und Presse².“

Erstmals wurden die Ämter nach den Vorgaben der neuen Verfassung bestellt: 11,7 Mio. Wahlberechtigte, darunter 548.773 Erstwähler, waren in 8.403 Wahllokalen und an 10.556 Wahltagen zur Wahl aufgerufen. Zu den neuen Wählern gehörten auch 97.000 Angehörige der Streitkräfte; die alte Verfassung von 1961 sah kein Wahlrecht für Militärs vor, um deren Politisierung zu verhindern. Gewählt wurden 165 Abgeordnete der Nationalversammlung (Einkammerparlament), 23 Gouverneure der einzelnen

Staaten sowie der Oberbürgermeister von Caracas, 335 Bürgermeister aus anderen Städten und Ortschaften, darunter fünf Bürgermeister in den Stadtteilen der Hauptstadt, und 219 Abgeordnete der regionalen Parlamente. Von den 23 Gouverneuren hatten sich 18 zur Wiederwahl gestellt. Darüber hinaus standen die Abgeordneten des Andenparlaments und des Lateinamerikanischen Parlaments zur Wahl. Insgesamt stellten sich 20.723 Kandidaten zur Wahl, die von 350 Organisationen nominiert worden waren. Die „Megawahlen“ werden zum Jahresende 2000 mit der Wahl von 5.467 Gemeinderäten abgeschlossen.

Der Wahlkampf war nicht mehr als eine Pflichtübung. Heftiger waren die Auseinandersetzungen um die Kandidatenkür in allen politischen Gruppierungen, die ja auch zum Auszug von Francisco Arias Cárdenas und einiger anderer Putschführer aus dem MVR und zur Abspaltung der PPT vom Regierungsbündnis führten. Sie zeigten, dass es außerhalb Chávez' Schatten derzeit kein politisches Überleben gibt. Scheinbar eröffnen sich nur zwei Möglichkeiten: entweder in seinem Schatten als Jünger gedeihen oder in der Wüste außerhalb seines Schattens verdursten. Der Wahlkampf selbst war nicht so intensiv wie bei früheren Gelegenheiten. Dazu mag beigetragen haben, dass niemand ernsthaft am Sieg Chávez' zweifelte. Ferner ist bemerkenswert, dass die beiden Spitzenkandidaten aus der militärisch-zivilen Urbewegung MBR-200 hervorgingen. Dies unterstreicht einmal mehr die Schwäche der politischen Parteien in Venezuela.

Die Programmaussagen von Chávez kann man auf die Formel „die Revolution konsolidieren“, die von Arias auf „die Politik revolutionieren“ verkürzen. Der erste hat geändert, was zu verändern war, um seine Vorstellungen durchzusetzen und transportiert damit dieselbe klare Linie, die er seit dem 98er Wahlkampf beibehalten hat. Der zweite fordert eine Modifikation des unter seiner Mitwirkung Geänderten, weil er zu dem Schluss gekommen ist, es sei eine falsche Richtung eingeschlagen worden, und setzt sich dem aufgrund seines Programms objektiv sogar berechtigten Vorwurf aus, er wolle das Rad der Geschichte zurückdrehen. Kein Wunder, dass Chávez' Botschaft auf fruchtbaren Boden fiel, während Arias Schwierigkeiten hatte, den Spagat zwischen „Revolution und Konterrevolution“ zu vermitteln.

Der Vergleich beider Programme zeigt außerdem eine große Detailversessenheit beim amtierenden Präsidenten, die an die Auflistung und Begründung der Positionen eines Staatshaushalts

¹ Galizia/Nicodemo (2000) haben anhand einer Umfragerreihe nachgewiesen, dass die Terminverschiebung Chávez' Wählerpotential signifikant erhöhte.

² Zu der Beobachtergruppe gehörten: Expräsident Alberto Lacalle/Uruguay; Botschafter Dennis Jett/USA; Dr. Jennifer McCoy, Leiterin des Lateinamerikaprogramms des Carter-Zentrums; Dr. Harold Tikunas, Lateinamerikaexperte und Dr. Laura Neuman, (Carter-Zentrum, 4.5.2000, ud.com/infocarter.htm).

erinnert, während Arias eher beim groben Entwurf bleibt. Bei Chávez heißt es z.B., im Wohnungsbau würden im ersten Jahr (des Programms) 991 Milliarden Bolívar ausgegeben (ca. US\$ 1,4 Mrd.), mit denen 97.878 Wohnungen gebaut würden, die 388.274 Familien zugute kämen und 433.995 Arbeitsplätze schafften. Kein

Wunder, dass Chávez' Programm mit 118 Seiten das 39-seitige von Arias zumindest an Länge mehrfach übertraf.

Da die programmatischen Aussagen von Chávez für die weitere Politik sicher prägender sein werden als die von Arias, werden wir jene in die abschließenden Ausführungen einflechten.

Wahlergebnisse und -interpretation

Die Wahlbeteiligung lag bei 56% und damit höher als die Prognosen erwarten ließen.

Tabelle 1

Präsidentenwahl

Hugo Chávez Frías	60%
Francisco Arias Cárdenas	38%
Claudio Fermín	2%

Quelle: CNE (www.cne.gov.ve).

Tabelle 2

Nationalversammlung (165 Sitze; 97 Direktmandate, 65 Listenmandate, 3 indigene Vertreter nach besonderem Verfahren)

Regierungsallianz	Opposition
„Patriotischer Block“: 98 (davon MVR 78, MAS 20)	Acción Democrática 33 + AD-nahe Un Nuevo Tiempo, Alianza Bravo Pueblo 4
Proyecto Venezuela* 6	Christdemokraten (Copei, Convergencia) 9
Indigene Völker/Conive 3	Primero Justicia 5
Regionale Einzelbewerber 3	La Causa R 3
	Patria Para Todos 1
Gesamt „Bloque del Cambio“ 110 = 66,6%	Gesamt Opposition 55 = 33,3%

* mit MVR und MAS im parlamentarischen „Block für den Wandel“

Quelle: CNE.

Tabelle 3

Gouverneure (24, einschließlich des Oberbürgermeisters des Hauptstadtbereichs Caracas)

MVR	12
MAS	4
Acción Democrática (+ Un Nuevo Tiempo/UNT) *	3
Patria para Todos *	2
Christdemokraten (Copei, Convergencia)	2
Proyecto Venezuela	1

* Die Entscheidung des Nationalen Wahlrats, dem AD-Kandidaten seinen bereits proklamierten Wahlsieg abzuerkennen und stattdessen den PPT-Kandidaten zum Sieger zu erklären, ist in dieser Aufstellung berücksichtigt.

Quelle: CNE.

Tabelle 4

Gesetzgebende Räte der Bundesstaaten (*Consejos Legislativos*, 220 Sitze)

	Absolut	%
MVR-MAS „Patriotischer Block“	110	50
Andere, z.T. mit MVR-MAS verbündet	33	15
Acción Democrática	51	23
Christdemokraten (Copei, Convergencia)	26	12

Quelle: CNE.

Tabelle 5

Anden- und Lateinamerikanisches Parlament (Listenwahl)

	Sitze gesamt	MVR	AD	PVZ
Parlandino	12	9	2	1
Parlatino	5	4	1	-

Quelle: CNE.

Tabelle 6

Bürgermeister (335)

Partei	Absolut	%
AD (+ Nuevo Tiempo)	97	29
MVR	79	24
Christdemokraten (Copei, Convergencia)	56	17
MAS	20	6
PPT	15	4
Proyecto Venezuela	7	2
LCR	7	2
Parteilose	29	9
Andere	25	7
Gesamt	335	100

Quelle: CNE.

Das Wahlergebnis kann nur vor dem Hintergrund der vergangenen anderthalb Jahre adäquat interpretiert werden. Seit seinem ersten Wahlsieg im Dezember 1998 hat es Chávez verstanden, die Venezolaner mit seinen politischen Vorhaben und seiner Regierungsbilanz zu überzeugen. Sein Rückhalt in der Bevölkerung blieb konstant auf einem hohen Niveau, und er wurde mit überwältigenden 60 Prozent der gültigen Stimmen im Amt bestätigt. Die zwischen beiden Präsidentschaftswahlen liegenden Abstimmungen – die Volksabstimmung zur Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung (April 1999), die Wahl der Abgeordneten dieser Versammlung (Juli) und die Volksabstimmung zur Annahme der neuen Verfassung (Dezember), die zur Auflösung des Kongresses führte – hatten ihm sogar

noch wesentlich höhere Zustimmungsraten gebracht.

Dass die wahlberechtigten Venezolaner sich anlässlich dieser Reihe von Partizipationsmöglichkeiten nicht in höherem Maß an die Urnen rufen ließen – die Wahlbeteiligung lag zwischen 38 und 60 Prozent – ist sicherlich ein Schönheitsfleck, bedeutet aber auch keine nennenswerte Verschlechterung im Vergleich zu den letzten Wahlterminen der sogenannten IV. Republik. Offenbar ist es auch Chávez nicht gelungen, jene bedeutende Minderheit zu mobilisieren, die sich seit langem von Wahlen fernhält.

Während Chávez' Partei MVR ihre hegemoniale Stellung bei den Wahlen der venezolanischen Vertreter für das Lateinamerikanische und das Andenparlament halten konnte – sie sicherte sich drei Viertel bzw. vier Fünftel der zu verge-

benden Sitze –, fiel ihr Vorsprung bei der Wahl zur Nationalversammlung etwas geringer aus. Die absolute Mehrheit verfehlte sie mit 47% der Mandate zwar knapp, doch verfügt sie dank ihrer Allianz mit dem MAS (20 Mandate bzw. 12%), der drei Abgeordneten der indigenen Völker, dreier Einzelbewerber und der sechs Abgeordneten von *Proyecto Venezuela* (die mit MVR und MAS den „Block des Wandels“ gebildet haben und dafür mit einer Vizepräsidentschaft der Nationalversammlung belohnt wurden) mit 110 Abgeordneten (66,6%) über eine – wenn auch instabile – qualifizierte Mehrheit von zwei Dritteln, die z.B. für die Verabschiedung von Ermächtigungsgesetzen nach Art. 203 der Bolivarianischen Verfassung erforderlich ist. Gleichzeitig dürfte es der – keineswegs geeinten – Opposition schwer fallen, einfache oder gar qualifizierte Mehrheiten zu organisieren, mit denen sie auf die Regierungspolitik direkt Einfluss nehmen könnte, z.B. anlässlich der Verabschiedung des Haushalts (einfache Mehrheit) oder durch Misstrauensvoten gegenüber Ministern bzw. dem Vizepräsidenten (gemäß Art. 187 sind dafür die Stimmen von drei Fünfteln der Abgeordneten, also 99 notwendig). Allerdings benötigt die Regierungskoalition für die Verabschiedung von Organgesetzen (*leyes orgánicas*) und die Besetzung des Obersten Gerichts, des Republikanischen Moralarats und des Nationalen Wahlrats qualifizierte Mehrheiten von zwei Dritteln der Abgeordneten, also 110 Stimmen. Sie muss sich mithin bei derartigen Gelegenheiten der Stimmen der Abgeordneten von *Proyecto Venezuela* versichern. Dass sie mit diesen keineswegs selbstverständlich rechnen kann, zeigt die kürzliche Verabschiedung des Vorschlagsgesetzes (*Ley de Postulaciones*), dem *Proyecto Venezuela* nicht zustimmte und für das daher auch kein Organcharakter festgelegt wurde, d.h. es kann mit einfacher Mehrheit geändert werden.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass nur ein Viertel der 165 Parlamentarier der Nationalversammlung über Erfahrungen in parlamentarischer Arbeit verfügt als ehemalige Mitglieder des Kongresses bzw. der Verfassungsgebenden Versammlung. Drei Viertel der Mandatsträger sind also neue Gesichter, ein sehr weit reichender und umfassender Austausch politischer Eliten, der Hoffnungen auf frischen Wind ebenso weckt, wie er die Berechenbarkeit des politischen Verhaltens erschwert.

Bei der Wahl der Gouverneure fiel der Vorsprung des Regierungsbündnisses MVR/MAS mit zwei Dritteln der zu vergebenen Posten

unerwartet deutlich aus, denn die vor der Wahl veröffentlichten Umfragen hatten ein für Chávez weniger günstiges Bild vermittelt. MVR erreichte zwölf der 24 Ämter (einschließlich des Oberbürgermeisters des Hauptstadtbereichs) und der MAS setzte sich in vier Bundesstaaten durch. AD und der aus ihr hervorgegangenen Regionalgruppe des Bundesstaats Zulia *Un Nuevo Tiempo* verblieben nur noch drei Staatsregierungen. Die Christdemokraten (*Copei*, *Convergencia*) erkämpften zwei, *Proyecto Venezuela* und *Patria Para Todos* je einen Gouverneursposten.

Auf der kommunalen Ebene sieht die politische Landschaft erheblich bunter aus. AD (einschließlich *Nuevo Tiempo*) erreichte mit 97 von 335 Bürgermeisterämtern den größten Anteil (28%), gefolgt von MVR (79/24%) und den christdemokratischen Parteien (63/19%). Es folgen 29 Bürgermeister anderer Parteien, 22 Parteilose, 20 des MAS und 15 von PPT. Allerdings gewann der MVR in neun der 23 Hauptstädte der Bundesstaaten, gefolgt von AD (einschließlich *Nuevo Tiempo*) mit acht, den Christdemokraten mit drei, Parteilosen mit zwei Hauptstädten sowie MAS und PPT mit je einer.

Ausblick

Es ist zu erwarten, dass die Nationalversammlung der Forderung des Präsidenten nach einem Ermächtigungsgesetz stattgibt. Solche Ermächtigungsgesetze sind keine Erfindung von Chávez, sondern haben in Venezuela Tradition. Derartige Gesetze legen den Entscheidungsrahmen des Staatspräsidenten fest, meistens handelt es sich dabei um haushaltsrechtliche Vollmachten oder die Gewährung freier Hand bei der Gestaltung bestimmter Gesetzgebungsvorhaben, deren kontroverse Natur es den Parteien ratsam erscheinen lässt, die möglichen politischen Kosten auf den Präsidenten abzuwälzen. Deshalb haben solche Ermächtigungsgesetze auch dann die parlamentarischen Hürden genommen, wenn der Staatspräsident nicht über eine eigene Mehrheit im Kongress verfügte. Ein Beispiel dafür ist Chávez' Vorgänger, Rafael Caldera, dem der mehrheitlich von der Opposition beherrschte Kongress z.B. per Ermächtigungsgesetz freie Hand für die Neuordnung des sozialen Sicherungssystems Venezuelas ließ. Das damit ermöglichte und später verwirklichte Vorhaben der Regierung, einen Teil der Alterssicherung durch Pensionsfonds zu privatisieren und die Kündigungsabfindungen zu kürzen, war sehr umstritten. Das entsprechende Ermächtigungsgesetz gab den Parteien Gelegen-

heit, Regierungshandeln zuzulassen, ohne sich damit identifizieren und möglicherweise mit Stimmenverlusten dafür zahlen zu müssen.

Die derzeitige Lage erfordere dringende Maßnahmen, die durch lange Debatten im Parlament nur verzögert würden, so Chávez' argumentative Logik. Der wegen der notwendigerweise zeit-aufwendigen demokratischen Prozesse zu erwartende Schaden sei nicht zu verantworten. Deshalb sei es nur konsequent, die laufenden Regierungsgeschäfte und die gesamte kurz- und mittelfristige Politik – einschließlich der Haushaltsgestaltung – dem Präsidenten und seinen Fachleuten zu überlassen, während sich das Parlament um die nicht weniger wichtige und notwendige gesetzgeberische Ausgestaltung und Unterfütterung der Bolivarianischen Verfassung kümmern solle.

Es handelt sich um eine elegante Ausschaltung der parlamentarischen Instanz als Gegengewicht bei der Politikgestaltung, ganz ohne Militär oder Gewalt, nur gestützt auf die durch Wählerstimmen legitimierte politische Gruppierung, die als verlängerter Arm des „Führers“ fungiert, gelegentlich sogar in vorauseilendem Gehorsam. Selbst ein Fujimori hätte aus dieser subtilen Art der Fremdentmachtung und Eigenermächtigung noch lernen können. Deshalb treffen Vergleiche zwischen Chávez und Perón oder Fujimori auch nicht zu, wie Richard S. Hillman (vennet@lists.acs.ohio-state.edu) richtig erkannt hat. Dies jedoch nicht, wie er meint, weil sie schlimmere Autokraten gewesen wären als Chávez, sondern weil seine Fähigkeit zur Inszenierung einer demokratischen Fassade von ihnen nicht erreicht wurde.

Ein deutliches Beispiel für die weitgehende Entmachtung des Parlaments ist die Reichweite des kürzlich in erster Lesung verabschiedeten Ermächtigungsgesetzes für Chávez, das auch von der Fraktion des *Proyecto Venezuela* mitgetragen wurde und daher Organcharakter erhielt. Es ist nicht nur zeitlich unbeschränkt, sondern erstreckt sich auch auf die Bereiche Staatsfinanzen, Wirtschafts- und Sozialpolitik, Infrastruktur, Transport und Dienstleistungen, Innere und Rechtssicherheit, Wissenschaft und Technologie sowie die Organisation und Funktionsweise des Staates. Das Parlament bescheinigt sich seine eigene Überflüssigkeit, selbst hinsichtlich der Ausgestaltung der Verfassung, denn diese Aufgabe übernimmt der Staatspräsident ja nun auch gleich selbst.

Noch bleibt fraglich, wann der interne Rückhalt für den Populisten zu bröckeln beginnt. Solange der Ölpreis so hoch bleibt wie in den letz-

ten Monaten, kann Chávez die größten Härten abfangen und seine Anhänger mit klientelistischen Maßnahmen und Sozialprogrammen bei der Stange halten. Die Einrichtung von „bolivarianischen“ Schulen mit militaristischem Drill und zu Dogmen erhobenen Ausbildungsinhalten dürfte keine nachhaltigen Proteste der Bevölkerungsmehrheit hervorrufen, solange der Schulbesuch mit einer warmen Mahlzeit verbunden ist. Unter inhaltlichen Gesichtspunkten ist der Vorgang indessen kritisch zu beurteilen, da schon bisher die Beschäftigung mit Leben und Werk des Befreiers einen überproportional hohen Anteil im Unterricht der Oberstufe ausmachte (siehe Werz 1991).

Trotz verbaler Entgleisungen und einer erheblichen Machtkonzentration hat Chávez bislang keine Einschränkung der demokratischen Rechte eingeleitet. Nachdem der neue institutionelle Rahmen vorhanden ist, könnte indessen die Neigung zunehmen, die bisherige Zurückhaltung aufzugeben. So hat er nach den „Megawahlen“ erklärt, „die repräsentative Demokratie...habe zumindest in Südamerika nicht funktioniert, ...notwendig sei eine reale Demokratie, ...darüber hinaus sei der Neoliberalismus in den meisten Ländern der Welt auf dem Rückzug“ (LAWR 22.8.2000, S. 390).

Folgende Szenarien sind möglich:

- Ein optimistisches Szenario geht davon aus, dass der derzeitige Boom bei den Ölpreisen Chávez eine Politik der Verbindung von unsichtbarer und sichtbarer Hand des Staates ermöglicht. Durch Investitionen in den staatlichen Dienstleistungsbereich könnte es gelingen, zum einen Arbeitsplätze von allerdings zweifelhafter Produktivität zu schaffen, zum anderen die Versorgungssituation der Bevölkerung zu verbessern.
- Ein mittleres Szenario geht von anhaltenden Unklarheiten in der Wirtschaftspolitik aus. Aufgrund von hohen Ölpreisen verschlechtert sich die politische Situation jedoch nicht gravierend. Durch außenpolitische und andere Aktivitäten kann Chávez seinen politischen Rückhalt in der Bevölkerung halten und im Jahre 2006 wiedergewählt werden.
- Ein pessimistisches Szenario sieht folgendermaßen aus: Präsident Chávez entwickelt keine klare Wirtschaftspolitik, er setzt seine Vorstellungen gegenüber Opponenten und oppositionellen Gouverneuren durch und setzt politische Gegner unter Druck. Dazu

würde auch eine Ausweitung der bolivarianischen Schulen, die Erhebung des Bolivarianismus in den Rang einer offiziellen Staatsideologie und die weitere Besetzung von Posten in staatlichen Unternehmen mit Militärs gehören. Neben der demokratischen Opposition entsteht eine Gegnerschaft aus ehemaligen Kampfgefährten und Chávez-Abtrünnigen. Nach Presseberichten soll Francisco Arias angekündigt haben, sogenannte Widerstandsgruppen zu gründen. Im Falle einer anhaltenden Krise könnten sich daraus wiederum Möglichkeiten für zivil-militärische Allianzen mit ungewissem Ausgang ergeben.

Weiterführende Literatur

- Brewer-Carias, Allan R., La Constitución de 1999, Caracas 2000
- Caballero, Manuel, La gestación de Hugo Chávez, Caracas 2000
- Consejo Nacional Electoral, Elecciones 2000, CD-Rom und <http://www.cne.gov.ve>
- Galizia, Giovanbatista und Nicodemo, Pasquale, ¿Como se relegitimó el Presidente Hugo Chávez?, in: Sic, Nr. 628, Sep/Oct 2000, S. 343-347
- Gott, Richard, In the Shadow of the Liberator. Hugo Chávez and the Transformation of Venezuela, Verso: London/New York 2000.
- Hillman, Richard, The One-Man Show in Venezuela Isn't a Dictator, vennet@lists.acs.ohio-state.edu
- Lingenthal, Michael, Wahlen in Venezuela, in: KAS-Auslandsinformationen 9 (2000), S. 42-53
- Maxwell, Kenneth, The Long shadow of Hugo Chávez, in: Foreign Affairs, September/October 2000, S. 118-122
- McCoy, Jennifer L., Demystifying Venezuela's Hugo Chávez, in: Current History, February 2000, S. 66-71
- Primer Informe del Centro Carter sobre el proceso electoral venezolano 2000, <http://eluniversal.com/infocarter.htm>
- Schulz, Wolfram, Parteiensystem und Wahlverhalten in Venezuela: Entstehung und Verfall eines Zweiparteiensystems, Wiesbaden 1997
- Welsch, Friedrich/Werz, Nikolaus, Venezuela. Wahlen und Politik zum Ausgang der 80er Jahre, Freiburg 1990
- Dies., Die Wahlen vom Dezember 1993 und der Beginn der zweiten Amtszeit Caldera, in: Lateinamerika. Analysen-Daten-Dokumentation 11(1994)25/26, S. 155-165
- Dies., Der Wahlsieg und der Regierungsbeginn von Hugo Chávez Frías in Venezuela, Rostock 1999 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung, H. 12)
- Werz, Nikolaus, Reflexiones sobre la imagen de Bolívar y la enseñanza de la historia en Venezuela, in: Michael Riekenberg (Hrsg.), Latinoamérica: Enseñanza de la historia, libros de textos y conciencia histórica, Buenos Aires 1991, S. 103-121

Autorennotiz: Friedrich Welsch, Professor für politische Wissenschaft, Universidad Simón Bolívar, Caracas, E-Mail: welsch@usb.ve oder fjwelsch@hotmail.com; Nikolaus Werz, Professor für Politische Wissenschaft, Universität Rostock, E-Mail: nikolaus.werz@wisofak.uni-rostock.de

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Textverarbeitung: Jens Urban.

Bezugsbedingungen: DM 120,- p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); DM 90,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); DM 60,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von DM 30,- erhoben. Einzelausgaben kosten DM 6,00 (für Studierende DM 4,00). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-mail: iikh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.rz.uni-hamburg.de/IIK>

Jens Urban

Die lateinamerikanischen Studierenden an der Universität Hamburg, 1919-1970

**Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde 2000, 134 Seiten, DM 15,00
(Beiträge zur Lateinamerikaforschung, Band 5)
ISBN 3-926446-78-1**

Im Laufe des 20. Jahrhunderts haben Tausende lateinamerikanische Studierende an europäischen und US-amerikanischen Hochschulen studiert. Die spätere politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung, die diesen Auslandsstudenten nach ihrer Rückkehr in Lateinamerika zukam, wird zwar im allgemeinen hervorgehoben, über die quantitativen und qualitativen Bedingungen und die Funktionsweise des Auslandsstudiums der Lateinamerikaner ist bisher aber nur wenig bekannt. Der Autor versucht in dieser Pilotstudie exemplarisch die Charakteristika des Auslandsstudiums der Lateinamerikaner an einem Ausbildungszentrum, der Universität Hamburg, anhand neuer, empirisch gesicherter Daten nachzuzeichnen. Wie viele Studierende kamen nach Hamburg, welches Herkunftsprofil lässt sich für sie ausmachen und welche Fächer studierten sie? Darüber hinaus werden die *push*- und *pull*-Faktoren in Hamburg und Lateinamerika ermittelt, die eine Entscheidung für einen Studienaufenthalt in Hamburg begünstigten. Wie wirkte sich die auslandswissenschaftliche Tradition der Universität Hamburg aus? Welche Bedeutung hatte die soziale Herkunft der lateinamerikanischen Studierenden? Welche Rolle spielten die deutsche auswärtige Kulturpolitik, die deutschen Institutionen im Ausland und die Stipendienorganisationen? Gab es Kooperationen im Hochschulbereich, und wie haben sie sich ausgewirkt? Schließlich stellt sich die Frage, welche Institutionen und Personen auf wissenschaftlicher und auf Hochschulebene Mittlerfunktionen zwischen Hamburg und Lateinamerika übernahmen. Die Studie ist ein erster Schritt in einem von der historischen Lateinamerikaforschung bisher wenig beachteten Gebiet, das angesichts der andauernden Diskussion um den Studienstandort Deutschland höchste Aktualität besitzt.

Zu beziehen über:

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaci 8 · 20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41
E-Mail: iikhh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.rrz.uni-hamburg.de/IK>